

# Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **71 (1991)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Fragwürdige Sanierer

Die Reformpolitik in den ehemals sozialistischen Ländern, die Umstellung auf marktwirtschaftliche Ordnungsformen, läuft harzig. Kaum ein Land, wenn vom Sonderfall der ehemaligen DDR abgesehen wird, besitzt ein einigermaßen konsistentes Konzept, aus dem abzulesen wäre, wie vorgegangen werden soll. Die CSFR, die über hervorragende Reformökonomien verfügt, schneidet noch am besten ab. Verschiedene Gründe lassen sich für die Erklärung dieser Beobachtung ins Feld führen. Wohl der wichtigste ist darin zu erkennen, dass die *Kommunistische Partei*, die die katastrophale Lage zu verantworten hat, nach wie vor in den staatlichen Gremien, sei es in der Legislative, in der Exekutive oder — dies vor allem — in der Bürokratie, *präsent* ist und in der reformpolitischen Entscheidungsfindung und -fällung kräftig mitmixt. Die einst «führende politische Kraft», die die sozialistischen Länder sowohl politisch wie wirtschaftlich ruinierte, fühlt sich mit einem ungebrochenen Selbstbewusstsein legitimiert, nun auch zu bestimmen, *wie* reformiert werden soll — im Blickfeld demokratisch eingefärbter politischer Spielregeln ein *unglaublicher Vorgang*.

Insbesondere das Beispiel der Sowjetunion zeigt, dass die Regierung, die sich, wie Gorbatschow unentwegt betont, weiter dem *Marxismus* verpflichtet fühlt, nicht imstande war, das *ordnungspolitische Ruder* herumzuwerfen, obwohl Perestrojka nun schon rund sechs Jahre auf dem Buckel hat.

Gorbatschow, der das «Neue Denken» propagiert und der ohne Zweifel in der Aussenpolitik einen Wandel von historischer Bedeutung einleitete, blieb bisher auf dem innenpolitischen Parkett *glück- und erfolglos*. Und dies eben nicht zuletzt deshalb, weil er zuwenig entschlossen und konzeptionell konfus den Problemen der Wirtschaftsordnung zu Leibe rückte. Nicht wenige seiner kompetenten Berater haben enttäuscht das Handtuch geworfen. Der Wirtschaft geht es immer schlechter; und weil sie nun einmal für die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zuständig ist, übersetzt sich das reformpolitische Zaudern, der Irrglaube, dass eine Kombination von Plan und Markt zur Sanierung ausreicht, in einen dramatisch sinkenden Lebensstandard. Es ist offensichtlich, dass dadurch das Reformklima nicht verbessert wird.

Mit einiger Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die *reaktionäre Wende* in der Sowjetunion *auch* mit den misslichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu tun hat. Die Allianz zwischen Parteiapparat, Staatsbürokratie, Militär und Rüstungsindustrie, hinter der auch der Sicherheitsdienst (KGB) steht, die nun zum offenen Angriff auf die Perestrojka angetreten ist, repräsentiert den Geist der *alten Wirtschaftsordnung*. Es geht, wie ihre Vertreter unumwunden verkünden, nicht allein um die Erhaltung der Union, sondern gleichzeitig um die Verteidigung der *sozialistischen Werte*,

die eben auch in der Wirtschaftsordnung zum Ausdruck kommen. Im Zentrum dieser Strategie steht die Bewahrung oder Wiederherstellung der Vorherrschaft der KPdSU, die Erhaltung des zentralisierten Staates, die Ablehnung jeglicher Privatisierung und die Konservierung eines planwirtschaftlichen Kerns. Überlagert wird dieser Richtungskampf natürlich von handfesten Machtansprüchen.

Zu welchen Ergebnissen werden diese Turbulenzen führen? Es ist gewiss zu früh, in dieser Beziehung Prognosen zu wagen. Aber es sprechen alle Indizien dafür, dass die Reform der Wirtschaft entweder — wie gehabt — zu Retouchen innerhalb der bestehenden Ordnung verkümmert, oder zu einem

Nebeneinander von Markt und Planung führt; alle Erfahrung deutet darauf hin, dass dann weder der Markt noch der Plan funktionieren können. Die Aussichten sind, mit andern Worten, trübe. Zuversicht, dass es der Sowjetunion in absehbarer Zeit gelingen könnte, das wirtschaftliche Wellental zu durchschreiten, ist fehl am Platze. Und dies ist um so mehr zu bedauern, als unter solchen Bedingungen ausländische Investoren wenig Anreize sehen, sich dem «grossen Markt» zu nähern. Damit gehen dringend benötigte Impulse verloren, weil Auslandsinvestitionen nicht nur expansive Energien freilegen, sondern für das Reformland zudem kostengünstige Wege für den *Technologietransfer* eröffnen.

Willy Linder



5300 Turgi 056 33 01 11

8023 Zürich 01 272 58 44